

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementpreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichterbandmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seifner Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 758.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privatisten 40 Pfg. für die einseitige Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 10.

Sonnabend, den 9. März 1918.

22. Jahrgang.

Zum Ostfrieden.

Der Wortlaut des Friedensvertrages mit Rußland bietet kein Kennzeichen des deutschen Ultimatum keine Ueberraschung mehr. Neu hinzugekommen ist nur die Garantie der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Persiens und Afghanistans, die Anerkennung der Freiheit Finnlands und die Lösung der Landbesitzfrage in deutsch-schwedisch-russisch-baltischem Einvernehmen. Ueber die bereits bekannten Verluste Rußlands hinaus muß es sich an der Kaukasusgrenze aus Batum, Kars und Erzerum zurückziehen; diese Bezirke, mußte die Türkei 1878, da sie die Kriegsschuldung nicht zahlen konnte, an Rußland überlassen — jetzt sollen die Bewohner selbst entscheiden, was praktisch in diesem Falle natürlich auf Rückfall an die Türkei hinausläuft.

Charakteristisch für den Friedensvertrag ist der Verzicht Rußlands auf jede weitere Einmischung in das künftige Schicksal der baltischen Provinzen, Litauens, Polens, und der Ukraine. Es sind nicht nationalrussische Länder, die hier vom russischen Reich getrennt werden, sondern Fremdvölker, die der Zarismus mit Gewalt in den letzten Dreißigjahrhunderten in russischen Herrschaft unterworfen hat. Bilden sich hier Nationalstaaten, die wirklich vom Willen des Volkes getragen werden, dann ist nicht gesagt, daß sich in Rußland Rebellenheerde geltend machen müßten, oder daß größere Teile der Bevölkerung dieser Länder selbst nach Rußland zurückbegehren.

Soweit wir die bürgerliche Presse zu verfolgen vermögen, ist dieselbe über den Frieden im Osten besonders verknüppelt. Eben weil es ein Gewaltfrieden ist. Wir bedauern nicht lebhaft, daß Trozki durch seine eigenartige Verhandlungsmethode es gar nicht verstanden hat, den wahren Interessen seines Landes zu dienen. Er mußte sich als Führer der russischen Unterhändler klar sein, was er im Interesse Rußlands durchsetzen konnte. Aus den veröffentlichten Friedensbedingungen, die am 8. März unterzeichnet wurden, geht hervor, daß dieselben nunmehr für Rußland weit wichtiger sind, als wie diejenigen, die Trozki vor 8 Wochen durch die Zentralmächte erhalten konnte. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß sich die Alldeutschen über die Verhandlungstaktik, die Trozki und Ladel anzuwenden liebten, geradezu gefreut haben. Der russische Wortführer hat den Gewaltfriedensmenschen geradezu in die Hände gearbeitet.

Die deutsche Sozialdemokratie hat nun in Zukunft große Aufgaben zu lösen, sie wird alles dransetzen müssen, daß für die Randvölker, soweit demokratische Einrichtungen in Frage kommen, alles im Interesse jener Bevölkerung getan wird. In Rumänien wird es ja nun auch bald zum Frieden kommen, so daß dann von einem Frieden auf der ganzen Ostfront gesprochen werden kann. Die Engländer haben sich im Jahre 1914 geeinigt, daß nur ein allgemeiner Frieden zustande kommt. Von dieser Formel ist jetzt schon viel zum Teufel gegangen. Es ist deshalb anzunehmen, daß die feindliche Coalition im Westen doch noch zur Einflucht kommt, daß eine Verständigung besser ist, als wenn nochmals Hunderttausende in Schlachtfeld geführt werden müssen.

Eine Kritik.

Unter vorstehender Ueberschrift beschäftigt sich „Junior“, ein alter Mitarbeiter des „Deutschen Steinbilders“, mit unserer Forderung: Gewährung einer neuen Teuerungszulage an die Steinarbeiter. Gewiß versucht Junior in seinem Artikel sachlich zu bleiben, die Teuerung zu erklären er an. Aber daß er nun einen Schritt weitergeht, im schließlichen darzutun, für die Arbeiter wären unter diesen Umständen ganz erhebliche Zulagen am Platze, zu diesem verbindlichen Schluß kommt er nicht. Unter Verband steht nun ein Begriff, besonders aber in Süddeutschland, die Bewegung für die Gewährung von Teuerungszulagen durchzuführen, so daß wir uns, wenn auch kurz, mit dem Artikel des Unternehmersverbandes beschäftigen müssen.

Aus dem Artikel von „Junior“ sei im nachstehenden das Wesentlichste hervorgehoben:

„In dem Artikel: „Warum müssen erhöhte Teuerungszulagen gewährt werden?“ sind u. a. auch die von der Steinindustrie herausgegebenen offiziellen Durchschnittdurchschnittsverdienste für 1914, 1915 und 1916 aufgeführt. Die Spanne von 1914—1916 ergibt eine Erhöhung des Tagesverdienstes von 48 Pfg.; es heißt dann weiter, daß gegenüber 1913 die Erhöhung „sogar nur 39 Pfg. betrage“. Ob nun und inzwischen während des Krieges gewährten Teuerungszulagen den wirklichen Verhältnissen entsprechen, sei hier nicht näher untersucht. Meine heutige Kritik bezieht sich auf etwas anderes. Aus der Spannung des durchschnittlichen Tagesverdienstes von 1913 bis 1916 ergibt sich für 1913 ein Jahresdurchschnitt von rund 1170 M., für 1914, 1188 M., für 1915 und 1311 M. für 1916. Betrachten wir diese Zahlen untereinander, so finden wir zunächst, daß der Durchschnittsverdienst von 1914 gegen 1913 eine Steigerung zurückgegangen ist. Nachdem nun die spätere Steigerung auf eine wenn auch angeblich ungenügende Lohnserhöhung zurückzuführen ist, so müßte die gegenteilige Erscheinung, wie sie für 1914 zu beobachten, logisch eine Folge des Sinkens der Lohnsätze sein. Eine Herabsetzung der Lohnsätze, seien es Löhne oder Stundenlöhne, ist aber wohl nicht erfolgt; der Grund für das Zurückgehen des durchschnittlichen Jahresverdienstes muß aber in anderen Ursachen gesucht werden. Da in der Steinindustrie in erster Linie das Akkordsystem vorherrschend ist, so hängt die Höhe des Verdienstes des einzelnen nicht zuletzt von seinem Fleiß und seiner Leistungsfähigkeit ab. Daß der Durchschnittsverdienst 1913 höher gewesen wäre als 1914, dafür liegt kein

Grund zur Annahme vor. Bleibt noch die Leistungsfähigkeit, wenn man von vereinzelten, unwesentlichen Betriebs Einschränkungen zu Anfang des Krieges, bis noch eine ziemlich allgemeine Kopfloshheit herrschte, abstrahiert. Und darin liegt der Grund für den Rückgang des Jahres-Durchschnittes. Die Leistungsfähigkeit des einzelnen ist, wenigstens 1914, wohl nicht heruntergegangen, sondern nur die Leistungsfähigkeit der zurückgebliebenen Gesamtheit; denn mit Kriegsausbruch wurden die kräftigsten Arbeiter, die Angehörigen der Reserve und der Landwehr, also ein großer Teil derjenigen, die bis dahin das höchste Einkommen der Steinarbeiter erreichten, eingezogen, während der kleinere Teil dieser Gruppe und diejenigen, die infolge ihrer durch das Alter herabgeminderten Leistungsfähigkeit auch früher schon weniger verdienten, zurückblieben. Diese Abnahme der Durchschnittsleistungsfähigkeit hat sich aber während der Jahre 1915 bis 1917 noch wesentlich verschärft, nachdem auch der gebildete und ungebildete Landsturm fast vollständig einberufen wurde. Trotzdem hat der durchschnittliche Jahresverdienst eine nicht unwesentliche Steigerung erfahren, und um diese Steigerung richtig zu würdigen, muß das Moment der Abnahme der durchschnittlichen Leistungsfähigkeit von der jeweils zurückgebliebenen Gesamtheit getrennt, mit in die Rechnung eingerechnet werden. Die Spannung von 144 M., die sich aus den Gehältern der Berufsgenossenschaft ergibt, kann daher nur Anspruch auf relative Wichtigkeit machen. Jedenfalls stehen der Leitung des Steinarbeiterverbandes aber Unterlagen zur Verfügung, um ein mehr absolutes Resultat zu ermitteln unter Berücksichtigung der vorerwähnten Umstände. Dieses absolute Ergebnis dürfte sich aber mit dem veröffentlichten relativen nur sehr wenig decken und dieses letztere daher an Beweiskraft bedeutend verlieren.

Die Mahnung an die Unternehmer, für bessere Preise für ihre Erzeugnisse zu sorgen, erscheint wenig am Platze. Die Preisfrage ist noch stets das Ergebnis des Spiels von Angebot und Nachfrage gewesen, worüber sich die Gewerkschaftsbeamten, die in der Wirtschaftspolitik ja im allgemeinen ganz gut bewandert sind, auch klar sein dürften, wenn auch nicht verkannt werden soll, daß sich, wenn auch nicht sofort, so doch vielleicht allmählich auf verband-organisatorischem Wege eine gewisse Besserung erzielen lassen wird. Die Wirkung der jetzigen relativ gesteigerten Nachfrage wird aber durch andere Umstände mehr als ausgeglichen.

Junior kann die von uns gebrachten Ziffern über die niedrigen Durchschnittsverdienste in der Steinindustrie nicht entkräften. Er versucht allerdings in 20 argumentieren, daß jetzt nur ältere Leute beschäftigt sind, und deshalb sei die Lohnsteigerung in Wirklichkeit eine höhere, als wie sie in den 144 M. zum Ausdruck komme. Aber auf solche Feherkunststücke können sich ja die Arbeiter gar nicht einlassen. Nehmen wir ein bürgerliches Blatt in die Hand, so wird den Arbeitern vorgelesen, welche ungeheuren Löhne sie verdienen. Es wird dann noch hinzugesagt, daß daran auch die jugendlichen Arbeiter sehr stark beteiligt sind. Und die oberflächlichen Leser glauben jene Mitteilungen im wahren Sinne des Wortes. Weil wir aber nun den Nachweis führten, daß der Durchschnittslohn der Steinarbeiter im Jahre 1916 bloß 1311 M. betrug, und daß seit 1914 die Steigerung pro Tag gar bloß 48 Pfennig betrug, auf einmal kommt Junior und schreibt: Es handelt sich ja nur um alte Arbeiter“. Im Lager der Unternehmer kommt es anscheinend bei der Beweisführung nicht auf die Güte der Gründe, sondern darauf an, die Forderungen der Arbeiter unter allen Umständen abzuschneiden, und wenn diese noch so berechtigt sein sollen. Die Arbeiter stellen sich mit Recht auf den Standpunkt, daß der unerhörten Teuerung angemessen, dementsprechend auch die Zulage festgesetzt werden muß. Junior weiß ganz genau, daß auch der fünfzigjährige Arbeiter für das Pfund Fleisch 3 M. bezahlen muß, daß bei den übrigen Gebrauchsgegenständen des täglichen Lebens, die gekauft werden müssen, niemals danach fragt, wie alt etwa der Käufer ist. Junior hat nicht den Mut, zu erklären, ja, der Durchschnittslohn für die Steinarbeiter ist viel zu gering, eine Aufbesserung der Löhne muß in die Wege geleitet werden. Der Verfasser weiß doch sicher, daß die Steinarbeiter eine Zulage in der Höhe von 40 bis 50 Prozent des Akkordlohnes gefordert haben, dabei sind die bisherigen Zulagen schon in Betracht zu ziehen. Es würde sich unter Berücksichtigung der neuen Forderung, das Lohnverhältnis eines Steinarbeiters auf etwa 2000 bis 2100 M. im Jahre stehen. Wir fragen, wäre vielleicht die genannte Summe zu hoch, wenn sie der Steinarbeiter in seine Wirtschaftsberechnung einfallen könnte.

Es sei ohne Umschweife gesagt, die Steinarbeiter können von ihren Forderungen unter keinen Umständen absehen. Wir haben uns bereit erklärt, daß die Zulagen zweimal gemindert werden sollen, aber man soll uns unternehmerische nicht mit dem Einwand kommen, daß die Zulagen nicht nötig seien, weil es sich meist um ältere Arbeiter handelt. Wie notwendig die Unternehmer bezüglich der neuen Forderung vorzugehen, zeigt der Vorschlag im Reichs-Kalender. Dort wollen die Herren folgendes bewilligen: Vom 1. April soll die jetzige Zulage von 15 auf 20 Prozent und vom 1. Juni auf 25 Prozent erhöht werden. Die Zulage soll beachtet werden bis 6 Monate nach Kriegsende. Unsere Kollegen im Maingebiet lehnen natürlich ein solches Angebot glock ab. 1. ist der Satz von 25 Prozent viel zu gering, um als eine angemessene Teuerungszulage gelten zu können und 2. kann sich der Verband mit der Normel, die Zuschläge hätten Gültigkeit bis 6 Monate nach Kriegsende, unter keinen Umständen einverstanden erklären.

Junior meint, unter Hinweis, daß die Unternehmer für bessere Preise der erzeugten Produkte sorgen sollten, sei nicht am Platze. Ja, wie kommt es denn, daß bei allen Tarifverhandlungen auf die in der Steinindustrie größte Schmutzkonzurrenz hingewiesen, in allen Tonarten darüber

wird. Und im Steinarbeiter mußten wir häufig auf Submissionsblüten hinterspielen, die jeder Beschreibung spotteten. Jetzt macht uns nun Junior begreiflich, daß diese Schmutzkonzurrenz die Arbeiter eigentlich nichts angeht.

Wir können unseren Kollegen nur empfehlen, die eingehenden Forderungen mit allem Nachdruck zu vertreten, wir müssen alles tun, damit die niedrigen Löhne in der Steinindustrie aufgebessert werden.

Teuerungszulagen in der Steinindustrie.

In Straßburg (Elsaß) wurde der Grundlohn um 50 Prozent erhöht. Der Stundenlohn steht sich auf 1.10 M. In den Betrieben der Granitwerke C. Besser, F. B. Neumann, W. Rudolf und C. E. von Thaden & Comp. in Königsheim (Oberlausitz) wurde die Teuerungszulage von 20 auf 35 Prozent erhöht. Die 1. Stafflung von 10 Prozent tritt am 1. März ein, die 2. von 5 Prozent, am 1. April.

Die Erhöhung des Stundenlohnes in Nürnberg beträgt jetzt 35 Pf. ab 1. April. Es kommen noch weitere 5 Pf. hinzu.

Leipzig. Der Minimalstundenlohn beträgt 97 Pf. Ab 1. Juli 18 tritt dann eine Erhöhung von 8 Prozent hinzu. Des weiteren wird eine wöchentliche Teuerungszulage von 9 M. gewährt. Die gesamte Erhöhung steht sich auf etwa 60 Prozent des Grundlohnes. Die jetzigen Verhandlungen waren besonders langwierig, aber einige Kollegen wollten in andere Berufe übergehen, und das führte die Wendung herbei.

Die Abmachung für Mühlhausen (Thüringen) lautet nun: 15 Prozent Zuschlag auf den Akkordlohn, sowie eine wöchentliche Teuerungszulage von 6 Mark pro Mann. Die Kollegen sind über diese minimale Zulage natürlich nicht befriedigt. Weitere Verhandlungen sollen noch stattfinden.

Magdeburg. Am 25. Februar wurde folgende neue Vereinbarung getroffen. Unser Stundenlohn betrug bisher einschließlich der Teuerungszulage 95 Pf. pro Stunde. Derselbe wurde ab 1. Februar auf 1.20 M. und ab 1. März auf 1.30 M. erhöht. Der bestehende Tarifvertrag bleibt in seinem Wortlaut bestehen und gilt ab 1. März auf ein weiteres Jahr. Auch sind wir als Schwerstarbeiter anerkannt.

Aus Bielefeld (Westfälischer Wald) wird uns berichtet, daß die bisher gewährte Zulage von 20 Prozent auf 40 Prozent erhöht wurde. Die Auszahlung geschah bereits am 9. Februar. Es ist zu erwarten, daß auch in den übrigen niederrheinischen Bezirken die Unternehmer ein dementsprechendes Entgegenkommen zeigen.

Die Teuerungszulage in Tittling (Bayerischer Wald) wurde von 20 auf 40 Prozent erhöht. In Betracht kommen die Granitwerke Räder und Ruper.

Das Heilverfahren nach der Reichsversicherungsordnung.

Um der drohenden Invalidität vorzubeugen, können die Landesversicherungsanstalten bekanntlich das Heilverfahren eintreten lassen. Während die Anträge auf Uebernahme des Heilverfahrens gleich nach Ausbruch des Krieges — namentlich bei den Männern — erheblich zurückgingen, zeigt sich allmählich wieder eine Steigerung, und diese vorwiegend bei den weiblichen Versicherten. Nach einem Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes vom 5. Dezember 1917 an die Vorstände der Landesversicherungsanstalten und Sonderanstalten über die Statistik der Heilbehandlung für das Jahr 1916 sind in diesem Berichtsjahr insgesamt 95 760 Versicherte mit einem Gesamtaufwande von 20 846 108 M. in Heilbehandlung genommen worden. Auf die einzelnen Krankheitsgruppen und die Geschlechter verteilen sich die Zahlen folgendermaßen:

Krankheitsgruppe	Im Jahre 1916 abgeklärte Heilbehandlung		
	Männer	Frauen	Verloren
Lungen- oder Kehlkopftuberkulose:			
Ständige Behandlung	14133	14016	28149
Nichtständige Behandlung	111	301	412
Lupus	70	132	202
Knochen- oder Gelenktuberkulose	121	99	220
Andere Krankheiten:			
Ständige Behandlung	8802	13073	21875
Nichtständige Behandlung	15751	29151	44902
Zusammen	58958	56772	95760

Unter den 21 875 wegen „anderer Krankheiten“ in ständige Behandlung genommenen Kranken befanden sich wegen Krebskrankheit 75, wegen Geschlechtskrankheiten 212, wegen Trunksucht 114. Bei der nichtständigen Behandlung befanden sich unter den 44 902 Personen: 42 352 wegen Zahnkrankheiten (Zahnverlust). Im Jahre 1915 betrug die Gesamtzahl der in Heilbehandlung Genommenen 79 475.

Zum erstenmal ist die Zahl der wegen Lungen- oder Kehlkopftuberkulose ständige behandelten Männer und Frauen annähernd gleich groß, während in den letzten Friedensjahren nur halb so viel Frauen wie Männer behandelt worden waren. Auch bei den „anderen Krankheiten“ ist die Zahl der Frauen bedeutend gestiegen, namentlich beim Zahnverlust von 18 464 im Jahre 1915 auf 28 547 im Jahre 1916. Was die Erfolge der Heilbehandlung anbelangt, so konnten von 25 641 Personen, bei denen Lungen- oder Kehlkopftuberkulose sicher nachgewiesen war, beim Abschluß einer ordnungsmäßig durchgeführten Heilbehandlung 22 352 als erwerbsfähig und nur 3289 als Invaliden entlassen werden. Bei dieser Gelegenheit sei darauf aufmerksam gemacht, daß das Heilverfahren während jeder Jahreszeit, also auch im Winter, beantragt werden kann. Je eher dies geschieht, desto besser und ausdauernder ist der Heilerfolg.

